



> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

Titel: **Parlamentarische Anträge zum Budget 2013**

Autor/in: Diverse

Mitunterzeichnet von: --

Eingereicht am: 1. November 2012

Bemerkungen: --

[Verlauf dieses Geschäfts](#)

Folgende Anträge sind eingereicht worden:

Antrag 2012-250_01 von Klaus Kirchmayr, Grüne Fraktion

Reduktion Liquiditätshaltung

Wie jeder grössere Betrieb muss auch der Kanton seine Zahlungsfähigkeit, sprich seine Liquidität jederzeit sicherstellen. Zu diesem Zweck betreibt er ein Cash Management, welches jederzeit für genügend Liquidität zu sorgen hat. 2011 betrug die durchschnittliche Liquidität ca. CHF 500 Millionen, zeitweise aber sogar über CHF 650 Millionen.

Mit seinem AAA-Rating hat der Kanton jederzeit und unmittelbaren und äusserst günstigen Zugriff auf Geld und benötigt betriebswirtschaftlich nicht einen derart hohen Liquiditätsstand. Eine Reduktion der durchschnittlichen Liquidität um 200-300 Millionen und die zinstragende Anlage dieser Gelder durch die Tresorerie des Kantons ist daher sachgerecht.

Unter der Voraussetzung, dass für 2013 immer noch eine Liquidität von ca. CHF 500 Millionen angenommen wurde, wird folgendes beantragt:

Die Liquiditätshaltung ist auf ein um ca. CHF 200 Millionen tieferes Niveau (bei ca. CHF 200 - 300 Millionen) zu senken und die Reduktion in der Tresorerie zinstragend anzulegen. Bei einem angenommenen Zinssatz von 0.5% auf diesem Geld ergibt sich eine Budgetverbesserung von ca. CHF 1 Million. Um den entsprechenden Betrag ist der Zinsertrag im Konto 440 bei der Finanzverwaltung zu erhöhen.

Antrag 2012-250_02 von Gerhard Schafroth, BDP-glp-Fraktion

Keine Realloohnerhöhung in 2013

Betrifft

Lohnaufwand, alle Direktionen, Kto. 301

Antrag

Die voraussichtlich negative Teuerung 2012 ist der Festlegung der Löhne 2013 voll-umfänglich zu berücksichtigen.

Begründung

Durch die Verlängerung des Ferienanspruchs hat das Personal faktisch in jüngster Zeit eine überproportionale Realloohnerhöhung erhalten. Die Finanzlage des Kantons erlaubt keine weitere Realloohnerhöhung, weshalb dieses Jahr bei der Festlegung der Löhne die negative Teuerung vollumfänglich zu berücksichtigen ist.

Antrag 2012-250_03 von Gerhard Schafroth, BDP-glp-Fraktion

Arbeitgeber- / Arbeitnehmerbeiträge 50 - 50

Betrifft

Arbeitgeberbeiträge, alle Direktionen, Kto. 305

Antrag

Die Beiträge der beruflichen Vorsorge ist ab 1.1.2013 je zur Hälfte vom Kanton als Arbeitgeber und vom Personal zu tragen und folglich die Arbeitgeberbeiträge des Kantons entsprechend zu reduzieren.

Begründung

Angesichts des vergleichsweise hohen Niveaus der Leistungen der beruflichen Vorsorge rechtfertigt es sich nicht, das Personal auch noch bei den Beiträgen in diese Versicherungen gegenüber der Privatwirtschaft zu privilegieren. Angesichts der desolaten Finanzlage des Kantons ist jetzt auf die in der Privatwirtschaft übliche Gleichbehandlung von Arbeitgeber und Arbeitnehmer bei den Beiträgen in die gesamte berufliche Vorsorge umzustellen.

Antrag 2012-250_04 von Gerhard Schafroth, BDP-glp-Fraktion

Beiträge an die Frühpensionierung von Kantonsangestellten

Betrifft

alle Direktionen, Kto. 305

Antrag

Der Arbeitgeberbeitrag an die Frühpensionierung ist per 1.1.2013 zu streichen

Begründung

Angesichts der desolaten Lage der BLPK und der auch auf die Arbeitnehmer möglicherweise zukommenden Sanierungsbeiträge und Leistungskürzungen ist mit einer Welle von Frühpensionierungen zu rechnen. Der Kanton kann sich da Frühpensionierungs-Prämien ganz einfach nicht mehr leisten, weshalb diese per sofort ersatzlos zu streichen sind.

Antrag 2012-250_05 von Gerhard Schafroth, BDP-glp-Fraktion

2100 Generalsekretariat FKD

Antrag:

Pos 311 Nicht aktivierbare Anlagen sind auf Einsparpotential zu prüfen
317 Spesen Fr. 76'900.00 um 20 % kürzen

Begründung:

Es ist zu prüfen, ob noch Lizenzgebühren für nicht mehr benötigte Programme bezahlt werden.

Spesenkürzung in der jetzigen Finanzsituation ist von jedem Departement zu erwarten.

Antrag 2012-250_06 von Gerhard Schafroth, BDP-glp-Fraktion

2101 Fachstelle für Gleichstellung

Antrag:

Es ist zu prüfen, ob die Fachstelle für Gleichstellung ist mit dem Kanton BS zusammenzulegen.

Begründung:

Mit einer Fachstelle für beide Basel können Doppelspurigkeiten eliminiert werden und Kosteneinsparungen generiert werden.

Antrag 2012-250_07 von Gerhard Schafroth, BDP-glp-Fraktion

2104 Personalamt

Antrag:

Das Personalamt hat die Stellen im gleichen Verhältnis zu reduzieren, wie auch der Personalabbau in den übrigen Departementen erfolgt (z.B. SID und VGD).

Begründung:

Durch den Personalabbau u.A. im SID und VGD (Spitäler) muss auch das Personal in der Personaladministration reduziert werden, da weniger Personal betreut werden muss.

2106 Steuerverwaltung

Antrag:

Die zwei zusätzlichen Stellen, die für die Verlustscheinbearbeitung verlangt werden sind zu streichen.

Begründung:

Die zusätzlichen geplanten Einnahmen rechtfertigen nicht die Anstellung von zusätzlichem Personal. Im 2011 hat man 2.3 Mio als Eingang abgeschriebener Forderungen gebucht. Im 2013 rechnet man mit 2.8 Mio. Diese Fr. 500'000.00 Mehreinnahmen rechtfertigen nicht die Anstellung von zwei zusätzlichen Personen, die wohl auch inkl. Sozialleistungen und Infrastruktur rund Fr. 300'000.00 kosten.

Zum einen sind die Mehreinnahmen nicht sicher, zum anderen bedeutet mehr Personal auch mehr Aufwand in der Personaladministration und in der PK.

Weiter werden ja mit dem Ende des Bausparens die Steuerveranlagungen administrativ entlastet und das müsste sich ja längerfristig auch auf den Personalbestand der Steuerverwaltung auswirken.

Meines Erachtens könnte durch interne Verschiebungen Personal für die Bearbeitung von Verlustscheinen eingesetzt werden.

Sonst besteht immer noch die Möglichkeit, dass das Inkasso an ein Inkassobüro abgetreten wird.

Antrag 2012-250_09 von Pia Fankhauser, SP-Fraktion

Konto 2200/363

Antrag: Erhöhung des Beitrages für Abhängigkeitserkrankungen um Fr. 500'000.00

Begründung:

Die Erwartung an einen Rückgang an notwendigen Drogentherapien wird nicht geteilt, der Transfer der Kosten an eine Suchtklinik führt über DRG zu einer Übernahme der Kosten durch den Kanton von 55 %. Zudem würde dies bedeuten, dass Menschen nicht mehr ambulant sondern vermehrt stationär behandelt werden, was dem Grundsatz "ambulant vor stationär" widerspricht. Im Budget 2013 wird der Betrag der Rechnung 2011 um über Fr. 600'000.00 unterschritten!

Bei einer Zunahme der Bevölkerung sollte zumindest annähernd der Betrag der Rechnung 2011 erreicht werden, soll es nicht zum Abbau von Leistungen kommen.

Antrag 2012-250_10 von Klaus Kirchmayr, Grüne Fraktion

Reduktion Transferaufwand Gesundheitsversorgung

Der Transferaufwand Gesundheitsversorgung beträgt CHF 266.2 Millionen (Konto 363 auf Seite 74 des Budgetbuches). Damit wird der 55%-Anteil des Kantons an die Spitalleistungen abgegolten. Gemäss Erklärungen der VGD basiert dieser Betrag auf einer Fortschreibung des für 2012 erwarteten Aufwandes dieser Positionen + einer Kostensteigerung um 0.6%. Der für 2012 erwartete Aufwand wurde auf der Basis der für dieses Jahr geltenden mittleren Baserate von ca. 10'200 Franken und einem durchschnittlichen Fallgewicht von 0.9 ermittelt.

Mittlerweile hat der Preisüberwacher festgestellt, dass aufgrund seiner detaillierten und neutralen Analyse die "korrekte" Baserate bei 8'950 Franken liegen würde. Würde man diese Baserate anwenden, dann würde die Rechnung des Kantons um ca. 40-50 Millionen entlastet. Es ist kaum zu erwarten, dass die definitive Baserate letztendlich derart massiv korrigiert wird, dennoch kann man mit einiger Sicherheit davon ausgehen, dass die Baserate 2013 tiefer sein wird als 2012. Dies hat der Vorsteher der VGD anlässlich der Landratssitzung vom 18. Oktober 2012 selbst so zu Protokoll gegeben (siehe Seite 766 des LR-Protokolls).

Um ein realistisches Budget zu erreichen ist die absehbare tiefere Baserate zu berücksichtigen. Zudem signalisiert der Kanton, welcher 55% der Spitalleistungen bezahlt damit den eigentlichen Vertragsparteien (Spitälern und Krankenkassen), dass eine Berücksichtigung der neutralen und unabhängigen Analysen des Preisüberwachers erwartet wird.

Entsprechend wird folgendes beantragt:

Die Transferaufwand Gesundheitsversorgung (Konto 363 Seite 74 Budget 2013) ist in der Summe um CHF 15 Millionen zu reduzieren. Dies entspräche einer Baserate von ca. 9'600 Franken und liegt damit immer noch deutlich über dem vom Preisüberwacher empfohlenen Wert von 8'950 Franken und dem Wert anderer vergleichbarer Spitäler.

Antrag 2012-250_11 von Gerhard Schafroth, BDP-glp-Fraktion

Kompetenzzentrum für Wirtschaftsförderung und Standortmarketing

Betrifft

Budget, S. 74, Kt. 363 Standortpolitik

Antrag

Der budgetierte Betrag von CHF 1.5 Mio ist auf CHF 0.3 Mio zu kürzen

Begründung

Gemäss Begründung zu dieser Position ist eine entsprechende Landratsvorlage erst zu erarbeiten. Da bis heute ein Wirtschaftsentwicklungskonzept des Kantons nicht erkennbar ist, dürfte diese Vorlage längere Diskussionen auslösen und kaum vor dem vierten Quartal 2013 aktiv werden können. Entsprechend ist der Betrag pro rata temporis auf CHF 0.3 Mio zu kürzen.

Antrag 2012-250_12 von Gerhard Schafroth, BDP-glp-Fraktion

MUBA 64+

Betrifft

Budget S. 74, Kt. 363

Antrag

Der Beitrag von CHF 51'000 ist vollumfänglich zu streichen.

Begründung

Bagatellsubventionen machen keinen Sinn, da damit in aller Regel nur wenig erreicht wird und der Kanton sich solche Spritzkannen-Subventionen nicht mehr leisten kann.

Antrag 2012-250_13 von Christoph Buser, FDP

Baselland Tourismus

Betrifft

Budget S. 75, Kt. 36

Antrag

Der Beitrag an Baselland Tourismus ist - wie bisher - auf 600'000 CHF anzusetzen.

Begründung

Die Einführung der Gasttaxe erfolgt erst nach dem Jahr 2013 und kann somit eine Kürzung des bisherigen Beitrags - nicht wie in Aussicht gestellt - kompensieren.

Antrag 2012-250_14 von Gerhard Schafroth, BDP-glp-Fraktion

Baselland Tourismus

Betrifft

Budget S. 75, Kt. 36

Antrag

Der Beitrag an Baselland Tourismus ist um die Hälfte, d.h. CHF 250'000 zu reduzieren.

Begründung

Mit der Einführung der Gasttaxe bekommt Baselland Tourismus einen neue Finanzierungsquelle, so dass der Kanton seinen Beitrag entsprechend senken kann.

Antrag 2012-250_15 von Gerhard Schafroth, BDP-glp-Fraktion

Baugesuchsupplikation

Betrifft

S. 106 Kt. 313 des Budgets

Antrag

Die Erhöhung des Budgets um CHF 201'660 für die Einführung einer Baugesuchsupplikation ist zu streichen.

Begründung

Eine solche Erhöhung ohne Vorlage an den Landrat ist nicht zulässig.

Antrag 2012-250_16 von Thomas Bühler, SP

2301-314 Baulicher Unterhalt Kantonsstrassen
Kürzung um Fr. 500'000.- auf Fr. 11'305'000.-
(Budget 2012: 11'175'000.-/ Re 2011: 10'4417'000.-)

Aufgrund der noch immer wenig befriedigenden Finanzlage unseres Kantons müssen in verschiedenen Bereichen des Staatshaushaltes Kürzungen vorgenommen werden. Wenig "Zurückhaltung" erkenne ich im Bereich Tiefbau. Daher beantrage ich eine Kürzung im Bereich des Unterhalts der Kantonsstrassen um Fr. 500'000.-. Der budgetierte Betrag liegt somit noch immer höher als der Aufwand in der Rechnung 2011 und im Budget 2012.

Antrag 2012-250_17 von Thomas Bühler, SP

2301 Investitionen Tiefbau

"Ausbau Kantonsstrassen/Nebenanlagen 9991"

Kürzung um Fr. 500'000.- auf Fr. 9'500'000.-

(Budget 2012: 10 Mio; / Re 2011 10,4 Mio)

Mit knapp 140 Millionen Franken bilden die Investitionen im Bereich des Tiefbaus auch im Budget 2013 einen dominanten Anteil. Über die Abschreibung derselben wird die laufende Rechnung des Kantons diese Ausgaben auch in den kommenden Jahren zu spüren bekommen. Mit der hier beantragten Kürzung soll das Volumen der nicht näher spezifizierten Investitionen im Bereich der Kantonsstrassen leicht reduziert und entsprechende Priorisierungen angeregt werden.

Antrag 2012-250_18 von Thomas Bühler, SP

2301 Investitionen Tiefbau

"Erneuerung Kantonsstrassen/Nebenanlagen 9981"

Kürzung um Fr. 1'000'000.- auf Fr. 18'000'000.-

(Budget 2012: 19 Mio; / Re 2011 16,4 Mio)

Mit knapp 140 Millionen Franken bilden die Investitionen im Bereich des Tiefbaus auch im Budget 2013 einen dominanten Anteil. Über die Abschreibung derselben wird die laufende Rechnung des Kantons diese Ausgaben auch in den kommenden Jahren zu spüren bekommen. Mit der hier beantragten Kürzung soll das Volumen der nicht näher spezifizierten Investitionen im Bereich der Kantonsstrassen leicht reduziert und entsprechende Priorisierungen angeregt werden.

Antrag 2012-250_19 von Felix Keller, CVP/EVP-Fraktion

**Tiefbaugt Strassen
2301.50 Investitionen**

H 18, Muggenbergtunnel: Streichung von Betrag 500'000.00

Der Strassenabschnitt H18 mit Ausbau Anschluss Angenstein ist zur Übergabe an den Bund vorgesehen. Das weitere Vorgehen und die Realisierungschancen sind zur Zeit ungewiss, so dass das Projekt vorerst nicht gestartet, bzw. sistiert werden soll.

Antrag 2012-250_20 von Kathrin Schweizer, SP-Fraktion

Investitionen

H18, Muggenbergtunnel

Streichung Betrag von CHF 500'000.- für die Projektierung des Muggenbergtunnels

Konto

2301/50

Eine Vorlage für die Projektierung des Muggenbergtunnels wurde fürs Jahr 2012 angekündigt. Doch die Vorlage wurde nicht erstellt. Es fehlt die politische Legitimation, diese Planungen voranzutreiben.

Deshalb beantrage ich, den Investitionsbeitrag für den Muggenbergtunnel von CHF 500'000 auf 0 zu setzen. Falls der Landrat eine Vorlage mit dem Kreditantrag bewilligt, können die Gelder durch Kontenverschiebungen freigemacht werden.

Antrag 2012-250_21 von Gerhard Schafroth, BDP-glp-Fraktion

Laufen, Gesamtplanung neue Birsbrücke

Betrifft

Budget, S. 112, Kto. 50

Antrag

Die Investition von CHF 400'000 ist zu streichen.

Begründung

Vor dem Vorliegen einer entsprechenden Vorlage an den Landrat, kann dieses Geld gar nicht ausgegeben werden.

Antrag 2012-250_22 von Gerhard Schafroth, BDP-glp-Fraktion

Seltisberg, Sanierung Kantonsstrasse

Betrifft

Budget S. 112, Kt. 50

Antrag

Der Betrag von 100'000 zur Sanierung der Kantonsstrasse Seltisberg ist ersatzlos zu streichen.

Begründung

Diese Strasse bedarf keiner Sanierung, so dass auf diese Auslage zu verzichten ist.

Antrag 2012-250_23 von Gerhard Schafroth, BDP-glp-Fraktion

Sissach, Umfahrung Flank. Massnahmen

Betrifft

Budget S. 113, Kto 50

Antrag

Der Betrag von CHF 3'000'000 ist zu streichen.

Begründung

Vor dem Vorliegen einer bewilligten Landratsvorlage kann dieser Betrag gar nicht ausgegeben werden.

Antrag 2012-250_24 von Gerhard Schafroth, BDP-glp-Fraktion

Liestal, Verwaltungsneubau

Betrifft

Budget S. 133, Kto 50

Antrag

Der Betrag von CHF 400'000 ist ersatzlos zu streichen.

Begründung

Derzeit ist an einen Verwaltungsneubau angesichts der Finanzlage des Kantons nicht im entferntesten zu denken, so dass auch die damit verbundenen Projektierungskosten keinen Sinn machen. Zudem liegt für dieses Projekt noch keine Vorlage vor.

Antrag 2012-250_25 von Felix Keller, CVP/EVP-Fraktion

Kantonale Denkmalpflege

2308.363 Subventionen Kulturdenkmalpflege

36 Transferaufwand

Für die Beiträge an Gemeinwesen und Dritte für Subventionen Kulturdenkmäler ist ein Betrag von CHF 100'000.00 einzustellen.

Das Budget 2013 sieht keine Subventionsbeiträge für Kulturdenkmäler mehr vor. Das erstaunt, denn der Erhalt der Baudenkmäler soll im Interesse des Kantons sein und weiterhin unterstützt werden.

Antrag 2012-250_26 von Ruedi Brassel, SP-Fraktion

**Kantonale Denkmalpflege, Transferaufwand
Erhöhung der Subventionen Kulturdenkmäler auf 500'000 CHF**

Konto 2308 / 363

Im Budget 2012 ist bei der Denkmalpflege eine drastische Kürzung der Mittel für die Subventionierung von Kulturdenkmälern um 53% gegenüber dem Budget 2011 vorgenommen worden. Bereits im Vorjahr war eine Kürzung um 15% erfolgt. Im Budget 2013 ist nun gar kein Betrag mehr vorgesehen.

Gemäss Rechnung 2010 wurden für die Subventionierung von Kulturdenkmälern noch 763'922 CHF eingesetzt - in Zukunft will der Regierungsrat für neue denkmalpflegerische Vorhaben gar nichts mehr aufwenden. Damit entgehen denjenigen, die sich für die Erhaltung von Kulturdenkmälern einsetzen, nicht nur die Beiträge des Kantons, sondern auch jene des Bundes und von Dritten, die ihre Unterstützung von derjenigen des Kantons abhängig machen. Eine solche Demontage des Denkmalschutzes widerspricht dem gesetzlichen Auftrag und ist nicht zu verantworten.

Deshalb beantrage ich, im Budget 2013 im Konto 2308 / 363 den Betrag von CHF 500'000 einzusetzen.

Antrag 2012-250_27 von Beatrice Herwig (CVP), Urs Leugger (Grüne), Balz Stückelberger (FDP) und Patrick Schäfli

Kantonale Denkmalpflege

**Erhöhung der Subventionen Kulturdenkmäler auf CHF 500000.00
zu Gunsten Innensanierung Dom von Arlesheim**

Konto 2308/363

Begründung:

Im Budget 2013 Denkmalpflege sind keine Gelder mehr eingestellt.

Im Jahre 2013 beginnen die Arbeiten an der dringend notwendigen Innensanierung des Doms von Arlesheim. Um die Arbeiten an diesem historisch wichtigen Kulturgut durchführen zu können, braucht es Subventionen sowohl vom Kanton als auch vom Bund. Ohne Kantons-gelder, die auch die Bundesgelder auslösen, ist dieses kulturelle Erbe gefährdet.

Antrag:

Wir beantragen im Budget 2013 im Konto 2308/363 den Betrag von CHF 500000.00 zu Gunsten Innensanierung des Doms von Arlesheim einzustellen.

2400-301 Löhne

**Erhöhung der Lohnsumme um Fr. 80'000.-
für Fachstelle Kindes- und Jugendschutz**
(Budget 2012: 8'723'817.-/ Re 2011: 9'739'880.-)

Der Bedarf an den Aufgaben (Beratung bei Fragen des Vorgehens in Kindesschutzfällen und Zuweisung an die zuständigen Stellen, Leitung der Kinderschutzkommission, Standardisierung der Abläufe bei Kinderschutzfällen in den Institutionen und Behörden, Förderung und Verbesserung des Kindes- und Jugendschutzes im Kanton, Weiterbildungen, Vorträge, öffentliche Veranstaltungen, Projekte) der Fachstelle Kindesschutz ist gegeben und wird allseits anerkannt. Eine finanzielle Beteiligung der KESB erscheint im Moment aber eher unwahrscheinlich (KESB Organisation muss zuerst aufgebaut werden).

Im Rahmen des Budgetprozesses beantrage ich deshalb die **Verlängerung der befristeten Stelle um ein Jahr**, mit der Begründung, dass die allfällige Übernahme der Finanzierung durch die Gemeinden bzw. die KESB (Teilbereich oder alles) angesichts der noch herrschenden Unsicherheiten etwas Zeit braucht. Der Kinder- und Jugendschutz muss durchgehend gewährt sein.

Antrag 2012-250_29 von Gerhard Schafroth, BDP-glp-Fraktion

Umsetzung IT-Strategie Schulen

Betrifft

Budget S. 203, Kto 30 und 31

Antrag

Die drei Beträge von CHF 300'000, von CHF 1'500'000 und CHF 1'600'000 sind aus dem Budget zu streichen.

Begründung

Dafür liegt kein rechtsgültiges Budget vor.

Antrag 2012-250_30 von Jürg Wiedemann, Grüne Fraktion

Lehrwerkstätte für Mechaniker

Die Mechaniker Lehrwerkstatt (LWB) in Basel bietet eine hochwertige Ausbildung an, von der in besonderem Mass Firmen und Unternehmen auch in Baselland profitieren. Zurzeit stammen rund 50% der Lernenden aus dem Kanton Baselland (10 Lernende pro Schuljahr, 40 auf alle vier Jahre verteilt). Diese Lernenden absolvieren die ganze Lehrzeit in der Lehrwerkstätte für Mechaniker. Für diese Lernenden erhält die Lehrwerkstätte für Mechaniker Zahlungen gemäss Berufsfachschulabkommen. Werden diese Zahlungen nicht mehr entrichtet, können keine jungen Leute von Baselland in die Lehre mehr aufgenommen werden.

Die im Budget 2012 gesprochenen Beiträge zugunsten "Mechaniker Lehrwerkstatt" sind im Budget 2013 gestrichen worden. Ich beantrage von dieser Sparmassnahme abzusehen, die zum Nachteil insbesondere kleinerer KMUs ist, und das Konto 2510-463 (Lehrbetriebsbeiträge) um den im Budget 2013 gekürzten Betrag von Fr. 160'000 zu erhöhen.

Antrag 2012-250_31 von Hans Furer, glp

Position 2512: Amt für Kultur

Antrag: Es sei eine zusätzliche Position von 2 Millionen Franken zugunsten des Theater Basels aufzunehmen (nach Position 363).

Begründung:

2009 einigten sich die Exekutiven von Baselstadt und Baselland auf eine zusätzliche Subvention in der Höhe von durchschnittlich 4,25 Millionen Franken pro Jahr während einer Zeitdauer von vier Jahren. Der Landrat segnete diese Subvention mit einem überraschend deutlichen Mehr ab. Das anschliessende Referendum führte zum Erfolg, wonach 52% diese zusätzliche Subvention ablehnten, 48% stimmten ihr zu.

Der Unterzeichnende beantragt eine zusätzliche Aufnahme einer Position von 2 Millionen Franken (was ungefähr der Hälfte der damaligen vertraglichen Vereinbarung entsprach) für 2013.

Der Unterzeichnende wird - auch wenn der Landrat diesen Budgetantrag ablehnen sollte - in den kommenden Jahren regelmässig diesen Budgetantrag stellen, weil er der Meinung ist, dass das damalige Referendum falsch war (der Entscheid des Volkes ist nicht zu kommentieren). Das Theater Basel wird zu einem grossen Teil von Baselbieter Publikum besucht, und ist eine der zentralen Leuchttürme der Region. Das Theater Basel war in den letzten Jahren zweimal „Opernhaus des Jahres“ (einer Europäischen Auszeichnung). Ob die Regierung diese 2 Millionen dem Theater zweckgebunden gibt (mit oder ohne Vertrag) muss die Regierung entscheiden.

Antrag 2012-250_32 von Gerhard Schafroth, BDP-glp-Fraktion

2000 Landrat
Einsparpotential Fr. 20'000.00
(Budget Seite 37)

Antrag:

Der Beitrag für die Gemeinde für das Präsidentenfest des Landrates soll von Fr. 30'000.00 auf Fr. 10'000.00 reduziert werden aus folgenden Gründen:

Begründung:

Der Landrat sollte in der Spardebatte mit gutem Beispiel vorangehen.

Im Kanton SO wird für dieses Fest kein Kantonsbeitrag gesprochen.

Ausser ein paar Lokalpolitiker interessiert dieser Anlass niemanden.

Auch mit Fr. 10'000.00 kann man ein schönes Fest organisieren (M-Budget), sonst kann man ja Sponsoren suchen.

Antrag 2012-250_33 von Gerhard Schafroth, BDP-glp-Fraktion

2001 Regierungsrat
Einsparpotential Fr. 75'000.00
(Budget Seite 38)

Antrag:

Pos. 317, Spesen, Anlässe soll von Fr. 225'000 auf
Fr. 150'000.00 gekürzt werden.

Begründung:

Der Regierungsrat soll in der Spardebatte ebenfalls Opfer bringen und wie der Landrat mit gutem Beispiel vorangehen.
Fr. 30'000.00 Spesen pro Regierungsrat und Jahr sind immer noch genügend.

Antrag 2012-250_34 von Monica Gschwind, FDP Landratsfraktion

2402 Aufsichtsstelle Datenschutz

Konto 301-305 Personalaufwand -Fr. 150,000

Die Zunahme beim Sollstellenplan ist abzulehnen, bzw. die neu geplante Stelle ist zu streichen. Aufgrund der angespannten Finanzlage ist der gesetzliche Auftrag mit dem bisherigen Personal auszuführen.